

Keine Entscheidung zum Kraftwerk Leppersdorf in diesem Jahr

Von Thomas Staudt

Der Gemeinderat wird erst 2009 über die notwendige Änderung des Bebauungsplans abstimmen.

Ein Satzungsbeschluss zum Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerk Leppersdorf (KWL) wird in diesem Jahr nicht mehr zustande kommen. Das sagte der Wachauer Bürgermeister Veit Künzelmann (CDU) gestern in einem Pressegespräch. Denn Voraussetzung für einen solchen Satzungsbeschluss ist unter anderem der Abschluss des Waldumwandlungsverfahrens. Am 1. Dezember sollte das Thema in einer öffentlichen Anhörung erörtert werden. Nun zeichnet sich ab, dass bei früheren Verfahren Fehler gemacht wurden, die nun aus dem Weg geräumt werden müssen. „Schon die alten Umwandlungen haben nicht gestimmt“, sagte Künzelmann. Es handle sich dabei unter anderem um Altlasten aus den Jahren 1991/92. Damals seien Verwechslungen bei Flurstücksnummern vorgekommen, die teilweise auf noch ältere Verwechslungen aus DDR-Zeiten zurückgehen.

Der Forstbehörde sei daran gelegen, im laufenden Verfahren reinen Tisch zu machen, so Künzelmann. Er wolle mit dem Kreisforstamt Bautzen so bald wie möglich einen Termin machen. Wegen der Verzögerung beim Waldumwandlungsverfahren ist mit einer Verschiebung der gesamten Terminkette zu rechnen. Allein die Klärung des Flurstück-Problems wird voraussichtlich acht Wochen in Anspruch nehmen

Neben dem Waldumwandlungsverfahren laufen drei weitere: eines zur Änderung des Flächennutzungsplans, zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan und zum Immissionsschutz. Kernstück des gesamten Prozesses ist die Änderung des Bebauungsplans, über den der Gemeinderat den erwähnten Satzungsbeschluss fällen muss.

Gutachten steht im Internet

Als Nächstes wird der Ökologe Klaus Koch vom Umweltnetzwerk Hamburg sein Gutachten zu den Kraftwerksplänen von Müllermilch vorstellen, das er im Auftrag der Gemeinde erstellt hat. Dies wird in einer nicht öffentlichen Sondersitzung des Gemeinderats am 1. Dezember geschehen. „Zunächst sollen sich die Gemeinderäte ein Bild machen. Anschließend wollen wir in die Verhandlungen mit Müllermilch gehen“, begründet Künzelmann. **Durch Indiskretion sind inzwischen nicht nur Einzelheiten des Gutachtens durchgesickert. Gleich das gesamte Gutachten ist im Internet nachzulesen.** Darin fordert Koch nicht nur scharfe Grenzwerte für Emissionen, sondern auch bestimmte technische Voraussetzungen, die über die bisherigen Pläne von Müllermilch hinausgehen. Richtig Geld würde das Unternehmen für die Einrichtung einer Betriebsfeuerwehr in die Hand nehmen müssen.

Künzelmann schloss nicht aus, dass es in der voraussichtlich letzten Gemeinderatssitzung am 17. Dezember dennoch zu einer Unterzeichnung des Durchführungsvertrages mit Müllermilch kommt. Das sei abhängig davon, wie die Verhandlungen laufen. Die Frist für die Beteiligung der Öffentlichkeit am letzten der drei Verfahren ist gestern abgelaufen.

Zum Flächennutzungs- und zum Bebauungsplan seien eben so wie zum Waldumwandlungsverfahren über 1000 Einwendungen von Privatpersonen und von den Trägern öffentlicher Belange eingegangen, berichtete der Bürgermeister. Die Wachauer Verwaltung sei gerade dabei, die Hinweise zu ordnen und vollständig auszuzählen.

Indessen ist ein Antrag auf ein weiteres Bürgerbegehren im Zusammenhang mit der umstrittenen Anlage eingegangen (SZ berichtete). Ein erstes Begehren war bereits 2006 durchgeführt worden. Der Gemeinderat verschob eine Abstimmung über die Zulässigkeit des Begehrens auf den 17. Dezember. Vor der Entscheidung soll das Landratsamt gehört werden.